

Vereinbarung zu Prüfung und Wartung¹ entsprechend

Art. 28 DSGVO gemäß § 52 Absatz 2 DSG NRW

Zwischen

Westdeutscher Rundfunk
Appellhofplatz 1, 50600 Köln

- nachstehend **Auftraggeber** genannt -

und dem/der

- nachstehend **Auftragsverarbeiter** genannt -

wird folgende Auftragsverarbeitungsvereinbarung geschlossen.

§ 1 Gegenstand und Dauer der Verarbeitung

(1) Gegenstand:

Gegenstand des Auftrags ist die Prüfung oder Wartung (z. B. Fernwartung, externer Support) automatisierter Verfahren oder von Datenverarbeitungsanlagen durch den Auftragsverarbeiter, wenn bei diesen Tätigkeiten ein Zugriff auf personenbezogene Daten nicht ausgeschlossen werden kann.

(2) Dauer:

☐ Die Dauer dieses Auftrags (Laufzeit) entspricht der Laufzeit des Hauptvertrags.

☐ Der Auftrag wird zur einmaligen Ausführung erteilt.

☐ Die Dauer dieses Auftrags (Laufzeit) ist befristet bis zum

¹ Ist Gegenstand des Vertrages zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter die IT-Wartung oder Fernwartung (z. B. Fehleranalysen, Support-Arbeiten in Systemen des Auftraggebers) und besteht in diesem Rahmen für den Auftragsverarbeiter die Möglichkeit des Zugriffs auf personenbezogene Daten, so handelt es sich im Hinblick auf die weite Definition einer Verarbeitung in Art. 4 Nr. 2 DS-GVO (z. B. Auslesen, Abfragen, Verwenden) ebenfalls um eine Form oder Teiltätigkeit einer Auftragsverarbeitung und die Anforderungen des Art. 28 DS-GVO – wie etwa der Abschluss eines Vertrages zur Auftragsverarbeitung – sind umzusetzen.

Sollte der Zugriff auf personenbezogene Daten notwendig sein, wäre das Muster AVV zu verwenden.

Anders ist dies bei einer rein technischen Wartung der Infrastruktur einer IT durch Dienstleister (z. B. Arbeiten an Stromzufuhr, Kühlung, Heizung), die nicht zu einer Qualifikation des Dienstleisters als Auftragsverarbeiter und einer Anwendung von Art. 28 DS-GVO führen

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

(1) Art und Zweck der Verarbeitung

a) Art der vorgesehenen Verarbeitung von personenbezogenen Daten:

Zur Erbringung des Auftrags ist es nicht erforderlich, dass der Auftragsverarbeiter auf personenbezogene Daten des Auftraggebers zugreift, es kann aber nicht ausgeschlossen werden. Dabei kann es z.B. zum Auslesen, Abfragen oder Verwenden der Daten durch den Auftragsverarbeiter kommen.

b) Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von personenbezogenen Daten:

Der Zweck des Auftrags liegt gerade nicht in der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragsverarbeiter.

(2) Art der personenbezogenen Daten:

Zugriff auf folgende personenbezogene Daten kann nicht ausgeschlossen werden (Aufzählung/Beschreibung der Datenkategorien):

- ☐ Personaldaten/Stammdaten
- ☐ Kommunikationsdaten (z.B. Telefon, E-Mail)
- ☐ Log-Dateien
- ☐ personenbezogene Planungs- und Steuerungsdaten
- ☐ personenbezogene Vertragsdaten
- ☐ personenbezogene Abrechnungs- und Zahlungsdaten
- ☐ Auskunftsangaben (von Dritten, z.B. Auskunftseien, oder aus öffentlichen Verzeichnissen)
- ☐ Besondere Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 DSGVO, z. B. Gesundheitsdaten, Religion, Gewerkschaftszugehörigkeit)
- ☐ sonstige:

(3) Betroffene Personen:

Die Kategorien der durch die Zugriffsmöglichkeit betroffenen Personen:

- ☐ Zuschauer/Zuhörer
- ☐ Nutzer Online-Angebote
- ☐ Beschäftigte
- ☐ Geschäftspartner
- ☐ Ansprechpartner z.B. bei Lieferanten, Dienstleistern, Geschäftspartnern
- ☐ Beitragszahler/potentielle Beitragszahler
- ☐ Besucher
- ☐ sonstige:

(4) Ort der Datenverarbeitung

☐ Die Erbringung der vertraglich vereinbarten Datenverarbeitung findet **ausschließlich** in einem Mitgliedsstaat der **Europäischen Union** oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum statt.

☐ Der Auftraggeber gewährt dem Auftragsverarbeiter Zugriff auf die zu prüfenden/ zuwartenden IT-Systeme **aus einem Drittland**. Konkret findet der Zugriff statt aus:

Die Einhaltung der Vorgaben aus Kapitel 5 DSGVO wird sichergestellt durch:

☐ einen Angemessenheitsbeschluss der Kommission (Art. 45 Abs. 3 DSGVO);
s. Länderliste als Anlage zum Ankreuzen

☐ die Zertifizierung des Auftragnehmers unter dem Data Protection Framework (Art. 45 Abs. 3 DSGVO)

☐ folgende sonstige geeignete Garantien (Art. 46 Abs. 2, Abs. 3 DS-GVO):

☐ Sollte der Auftragsverarbeiter **Unterauftragsverarbeiter in einem Drittland einsetzen, verpflichtet er sie entsprechend § 2**. Der Auftraggeber gestattet dem Auftragsverarbeiter die Übermittlung seiner personenbezogenen Daten an dessen Unterauftragsverarbeiter zur Verarbeitung im Drittland, vorbehaltlich der Einhaltung der Vorgaben des Kapitel 5 DSGVO und nach Maßgabe des § 7 dieser Vereinbarung. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Auftraggeber die Nachweise über die Einhaltung der Vorgaben des Kapitel 5 DSGVO hinsichtlich der durch ihn beauftragten Unterverarbeiter auf Verlangen zur Verfügung.

§ 3 Pflichten des Auftragsverarbeiters

- (1) Der Auftragsverarbeiter informiert den Auftraggeber unverzüglich über Kontrollhandlungen und Maßnahmen der Aufsichtsbehörde, soweit sie sich auf diesen Auftrag beziehen. Dies gilt auch, soweit eine zuständige Behörde im Rahmen eines Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahrens in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Auftragsverarbeitung beim Auftragsverarbeiter ermittelt.
- (2) Soweit der Auftraggeber seinerseits einer Kontrolle der Aufsichtsbehörde, einem Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren, dem Haftungsanspruch einer betroffenen Person oder eines Dritten oder einem anderen Anspruch im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung beim Auftragsverarbeiter ausgesetzt ist, hat ihn der Auftragsverarbeiter nach besten Kräften zu unterstützen.

- (3) Der Auftragsverarbeiter unterstützt den Auftraggeber im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, die im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung steht, bei der Erfüllung seiner diesbezüglichen Pflichten gegenüber der Aufsichtsbehörde sowie der Pflicht zur Dokumentation.

- (4) Sofern der Auftragsverarbeiter seinen Sitz außerhalb der Union hat, benennt er folgenden, Vertreter nach Art. 27 Abs. 1 DSGVO in der Union:

- (5) Als Datenschutzbeauftragte(r) beim Auftragsverarbeiter bestellt oder - *sofern der Auftragsverarbeiter nicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten verpflichtet ist* - als Ansprechpartner für Fragen zu Datenschutz und Informationssicherheit im Zusammenhang mit diesem Vertrag beim Auftragsverarbeiter vorgesehen ist

Ein Wechsel des Datenschutzbeauftragten oder der Ansprechperson ist dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

§ 4 Weisungsbefugnis

- (1) Der Auftragsverarbeiter darf die Zugriffsmöglichkeit entsprechend dieses Auftrags und nach den Weisungen des Auftraggebers nicht nutzen. Eine Verarbeitung – ist grundsätzlich und insbesondere für eigene Zwecke des Auftragsverarbeiters – nicht zulässig.
- (2) Weisungen können generell oder im Einzelfall erteilt werden. Sie sind schriftlich zu erteilen, was auch in elektronischer Form erfolgen kann. Für mündlich erteilte Weisungen ist unverzüglich die Schriftform nachzuholen.
- (3) Der Auftragsverarbeiter hat den Auftraggeber zu unterrichten, wenn eine Weisung nicht unverzüglich durchgeführt werden kann.

§ 5 Technisch-organisatorische Maßnahmen zur Datensicherheit

Der Auftragsverarbeiter gewährleistet vor jedweden Zugriff auf die Systeme des Auftraggebers die Sicherheit gem. Art. 28 Abs. 3 lit. c, 32 DSGVO insbesondere in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1, Abs. 2 DSGVO für seinen Verantwortungsbereich, insbesondere die Datenverarbeitung und IT-Sicherheit am Ort des Fernzugriffs (Einzelheiten siehe Anlage / Fernwartungsanforderungen).

§ 6 Vertraulichkeit

- (1) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, die ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen und Daten sowie die Arbeitsergebnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere Unbefugten nicht zugänglich zu machen und dem Auftraggeber hierzu jederzeit Auskunft zu geben.

- (2) Der Auftragsverarbeiter gewährleistet die Einhaltung der Vertraulichkeit. Er sichert zu, alle für ihn im Rahmen der Ausführung dieses Auftrags tätigen Personen auf die Vertraulichkeit zu verpflichten.
- (3) Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung des Vertrages fort.

§ 7 Unterauftragsverhältnisse

- (1) Eine Unterbeauftragung durch den Auftragsverarbeiter

☐ ist nicht zulässig

oder

☐ ist zulässig nur nach vorheriger, ausdrücklicher (Abs. 2 a)) oder allgemeiner (Abs. 2 b)), schriftlicher bzw. dokumentierter Genehmigung des Auftraggebers. Die Weitergabe von personenbezogenen Daten des Auftraggebers an den Unterauftragnehmer und dessen erstmaliges Tätigwerden sind erst mit Vorliegen aller nachfolgenden Voraussetzungen für eine Unterbeauftragung gem. Abs. (2) und Abs. (3) gestattet.

- (2) Sofern die Unterbeauftragung durch den Auftragsverarbeiter nach Abs. (1) zulässig ist, wird die Genehmigung wie folgt erteilt:

- a) ☐ Mit Abschluss dieser Vereinbarung stimmt der Auftraggeber der Beauftragung der nachfolgenden Unterauftragnehmer ausdrücklich zu:

Firma und Anschrift Unterauftragnehmer	Ort der Datenverarbeitung	Leistung

- b) ☐ Beabsichtigt der Auftragsverarbeiter eine Auslagerung auf einen bei Abschluss dieser Vereinbarung noch nicht genehmigten Unterauftragnehmer oder den Wechsel eines genehmigten, bestehenden Unterauftragnehmers, wird die allgemeine schriftliche Genehmigung hierfür erteilt, soweit:

- der Auftragsverarbeiter eine solche Auslagerung auf den Unterauftragnehmer dem Auftraggeber eine angemessene Zeit vorab schriftlich oder in Textform anzeigt und

- der Auftraggeber nicht bis zum Zeitpunkt der Übergabe der Daten gegenüber dem Auftragsverarbeiter schriftlich oder in Textform Einspruch gegen die geplante Auslagerung erhebt

Die Genehmigung nach Abs. (2) setzt weiter voraus, dass der Auftragsverarbeiter mit dem jeweiligen Unterauftragnehmer eine vertragliche Vereinbarung nach Maßgabe des Art. 28 Abs. 2-4 DSGVO getroffen hat, welche auch die zwischen Auftraggeber und Auftragsverarbeiter getroffenen Regelungen hinreichend berücksichtigt, insbesondere das vereinbarte Schutzniveau im Hinblick auf die vereinbarten technischen und organisatorischen Maßnahmen nicht unterschreitet.

(3) Eine weitere Auslagerung durch den Unterauftragnehmer

☐ ist nicht gestattet;

☐ bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Hauptauftraggebers (mind. Textform);

Sämtliche vertraglichen Regelungen in der Vertragskette sind auch dem weiteren Unterauftragnehmer aufzuerlegen.

(4) Der Auftragsverarbeiter wird auf Verlangen dem Auftraggeber Kopien der Unteraufträge zur Verfügung stellen und alle erforderlichen Auskünfte erteilen.

§ 8 Kontrollrechte des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat das Recht, Überprüfungen durchzuführen oder durch im Einzelfall zu benennende Prüfer durchführen zu lassen. Er hat das Recht, sich durch Stichprobenkontrollen, die in der Regel rechtzeitig anzumelden sind, von der Einhaltung dieser Vereinbarung durch den Auftragsverarbeiter in dessen Geschäftsbetrieb ohne zusätzliche Vergütung zu überzeugen.
- (2) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass sich der Auftraggeber von der Einhaltung der Pflichten des Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DSGVO überzeugen kann. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf Anforderung die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und insbesondere die Umsetzung der technischen und organisatorischen Maßnahmen nachzuweisen. Es wird Bezug genommen auf § 5 dieses Vertrages.
- (3) Der Nachweis solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann erfolgen durch:
 - Die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln gemäß Art. 40 DSGVO;
 - die Zertifizierung nach einem genehmigten Zertifizierungsverfahren gemäß Art. 42 DSGVO;
 - aktuelle Testate, Berichte oder Berichtsauszüge unabhängiger Instanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer, Revision, Datenschutzbeauftragter, IT-Sicherheitsabteilung, Datenschutzauditoren, Qualitätsauditoren);

- eine geeignete Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z.B. nach BSI-Grundschutz).

Die Nachweise der ergriffenen Maßnahmen stellt der Auftragsverarbeiter dem Auftraggeber zur Verfügung.

- (4) Der Auftragsverarbeiter unterwirft sich auch der Kontrolle durch die für den Auftraggeber zuständige Aufsichtsbehörde, soweit Daten des Auftraggebers betroffen sind.

§ 9 Haftung

Der Auftragsverarbeiter haftet für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags nach den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach Art. 82 Abs. 2 EU-DS-GVO. Machen betroffene Personen Ansprüche gegenüber dem Verantwortlichen wegen unzulässiger oder unrichtiger Datenverarbeitung geltend, so hat der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen zu unterstützen und im Innenverhältnis zu beweisen, dass die fehlerhafte Datenverarbeitung nicht in seinem eigenen Verantwortungsbereich liegt.

§ 10 Informationspflichten des Auftragsverarbeiters

Bei schwerwiegenden Störungen des Betriebsablaufs oder bei Verdacht auf Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 12 DSGVO) oder wesentlichen Unregelmäßigkeiten bei der Datenverarbeitung unterrichtet der Auftragsverarbeiter gemäß Art. 33 II DSGVO unverzüglich den Auftraggeber. Dasselbe gilt, wenn sich eine Aufsichtsbehörde oder Strafverfolgungsorgane bei dem Auftragsverarbeiter melden.

§ 11 Sonstiges

- (1) Soweit sich aus anderen Vereinbarungen zwischen Auftraggeber und Auftragsverarbeiter anderweitige Abreden zum Schutz personenbezogener Daten ergeben, soll diese Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung vorrangig gelten, es sei denn die Parteien vereinbaren ausdrücklich etwas anderes.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages und aller seiner Bestandteile - einschließlich etwaiger Zusicherung des Auftragsverarbeiters - bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieses Vertrages handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf das Formerfordernis.
- (3) Die Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages berührt nicht die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen. Die Parteien werden unwirksame Bestimmungen durch wirtschaftlich ihnen nahekommende neue Bestimmungen ersetzen.

Ort

Datum

(Auftraggeber)

Ort

Datum

(Auftragsverarbeiter)

Anlage zu § 2 (4) der AVV - Länderliste für die ein Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission (Art. 46 Abs. 5 S. 2 DS-GVO) vorliegt

Bitte hier ankreuzen, sofern eine Datenverarbeitung durch den Auftragsverarbeiter in einem dieser Drittländer erfolgt:

- ☐ Andorra
- ☐ Argentinien
- ☐ Färöer-Inseln
- ☐ Guernsey
- ☐ Israel
- ☐ Isle of Man
- ☐ Japan
- ☐ Jersey
- ☐ Kanada (nur für kommerzielle Organisationen)
- ☐ Neuseeland
- ☐ Republik Korea (Südkorea)
- ☐ Schweiz
- ☐ Uruguay
- ☐ Vereinigtes Königreich